

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pro Nummer 2 Pfennig
 Vierteljährlich 60 Pfennig, monatlich 1,80 Mark
 wöchentlich 30 Pfennig, frei ins Haus
 Einzelne Nummer 2 Pfennig, Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfennig
 Abonnement: 1,30 Mark pro Monat
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Angeln
 2,50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Soli-Abonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luzernburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolomet-
 telle oder deren Raum 50 Pfennig, für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Beraternotizen - Anzeigen 20 Pfennig.
 Kleine Anzeigen: das erste Wort 10 Pfennig,
 jedes weitere Wort 5 Pfennig, 2 festgedruckte
 Worte, jedes weitere Wort 10 Pfennig.
 Stellenangebote und Stellenanzeigen
 zeigen das erste Wort 10 Pfennig, jedes
 weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 13. Juli 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der Weg zur Demokratie.

Gleiches Wahlrecht und parlamentarisches System.

Die ersten Wahlen zum preussischen Landtag nach dem Sturz werden unter dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht vor sich gehen. Der König von Preußen verspricht es, die preussische Regierung wird zu diesem Zweck umgebildet, der Reichstag will es, und das Volk will es. Die preussischen Konservativen wollen es nicht, ihr Parteivorstand hat gegen den Gang der Weltgeschichte feierlich Protest eingelegt, vielleicht gibt es also noch einen kurzen Endkampf, der jetzt, je rascher desto besser, erledigt werden muß. Der Ausgang aber steht jetzt schon fest.

Die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen bedeutet eine fundamentale Umwälzung nicht nur für Preußen selbst, sondern für das ganze Reich. Wenn man jetzt von Änderungen der deutschen Reichsverfassung spricht, so muß man ein nach gleichem Wahlrecht gewähltes preussisches Abgeordnetenhaus schon mit in Rechnung stellen. Dieses demokratische Preußenparlament wird auf die preussische Regierung einen ebenso starken Einfluß üben wie das weiland konservative, es wird, wie jenes, auch die Verwaltung des größten deutschen Bundesstaates zu kontrollieren haben.

Preußen wird im Bundesrat nicht mehr die reaktionäre Vormacht sein. Das preussische Abgeordnetenhaus wird ungefahr ebenso zusammengesetzt sein wie der deutsche Reichstag. Die preussische Regierung, die preussische Verwaltung, der preussische Landtag werden aufhören, Gegengewichte gegen den Reichstag zu sein. Damit steigt auch automatisch seine Macht.

Die Macht des Reichstags ist auch heute schon, wenn er will, sehr groß. Sie wird durch das gleiche Wahlrecht in Preußen noch viel größer werden. Wenn es der Reichstag ablehnt, mit einem bestimmten Reichskanzler, mit einem bestimmten Staatssekretär zusammenzuarbeiten, was will man dagegen tun? Es auf einen Konflikt ankommen lassen? Gegen solche Experimente, die, von einer kleinen Schar ultrakonservativer Heißsporne abgesehen, kein Mensch will, bestehen doch auch heute schon sehr erhebliche Bedenken. Sie werden unüberwindlich sein, wenn erst auch Preußen demokratisiert ist.

Nichts ist notwendig als ein klares Bekenntnis zu den Tatsachen. Auch heute schon kann keiner Reichskanzler oder Staatssekretär bleiben, wenn ihm eine geschlossene Reichstagsmehrheit mit Mißtrauen gegenüber steht. Und morgen müssen die leitenden Posten in der Reichsregierung mit Parlamentariern besetzt werden, wenn der Reichstag mit einer Beamtene Regierung nicht zusammenarbeiten will.

Dieses „Nein“ bedeutet keinen Zwang aus Gewalt, sondern einen Zwang aus Logik. Das erste, was das Staatsoberhaupt von seinen Ratgebern verlangen muß, ist, daß sie durch das Bindeglied der Volksvertretung ein Vertrauensverhältnis zwischen der Spitze des Staates und dem Volke herstellen; versagen die Ratgeber bei dieser Aufgabe, dann haben sie nicht leisten können, was von ihnen erwartet wurde und müssen sich aus ihrem Amte entfernen. Der Krone selbst ist am schlechtesten von Ratgebern gedient, die sich mit der Vertretung des Volkes nicht vertragen können.

Dies ist der „Bayerischen Staatszeitung“ entgegenzuhalten, die eine Parlamentarisierung der deutschen Reichsregierung für unmöglich erklärt. Das Notwendige, das sich aus der Entwicklung der Dinge von selbst ergibt, ist niemals unmöglich.

Gewiß besteht eine Schwierigkeit darin, daß wir im Reich, kurz ausgedrückt, das Zweikammersystem haben, daß es neben dem Reichstag auch noch einen Bundesrat gibt. Sie, wenn die parlamentarische Regierung einen Besetzungswurf einbringt, der vom Reichstag angenommen, vom Bundesrat aber abgelehnt wird? Dieselbe peinliche Möglichkeit besteht ja auch in anderen Staaten, wie z. B. in England, kann man aber sagen, daß in England das parlamentarische System unmöglich ist, weil es ein Oberhaus gibt?

Reibungsflächen können entstehen, sie sind aber auf ein Minimum verringert, wenn der führende Bundesstaat, Preußen, demokratisiert ist.

Natürlich bedeutet das alles eine fundamentale Veränderung der Reichsverfassung. Aber auch die Reichsverfassung muß sich, wenn das Reich selbst bestehen soll, der Entwicklung anpassen. Und nicht darum kann es sich handeln, etwas mehr oder weniger Wünschenswertes, aus dem Gehirn heraus zu konstruieren, sondern vielmehr darum, einen gewordenen Zustand als tatsächlich bestehend anzunehmen. In diesem gewordenen Zustand liegt aber der Reichstag eine

ganz andere Rolle, als sie ihm ursprünglich auf dem Papier der Verfassung zugeordnet war.

Das Uebergewicht des Bundesrats über den Reichstag konnte nur dadurch notdürftig aufrechterhalten werden, daß die Regierung in der glücklichen Lage war, die zahlreichen Parteien des Reichstags gegeneinander auszuspielen: zu teilen und zu herrschen. Das ändert sich aber mit einem Schlage, wenn im Reichstag eine feste Mehrheit zusammensteht. Was das bedeutet, davon hat man in diesen Tagen doch schon ein kleines Vorspiel erlebt. Aber der Reichstag wird in seiner Parteizusammensetzung auch nicht immer so bleiben, wie er heute ist, schon die nächsten Wahlen dürften eine geschlossene und aktionsfähige Mehrheit bringen. In dem Augenblick, in dem dies geschieht, ist das Uebergewicht des Reichstags von selber gegeben und alle Versuche, mit Paragraphen dagegen anzukämpfen, müssen vergeblich bleiben.

Die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen bedeutet nicht dasselbe wie die Einführung dieses Wahlrechts in Sachsen oder in Mecklenburg. Sie bedeutet tatsächlich in ihren natürlichen Folgen die Demokratisierung des ganzen öffentlichen Lebens auch im Reich. Sie bedeutet das Ueberwiegen der Volksvertretungen gegenüber allen ernannten Körperschaften. Sie bedeutet letzten Endes auch das parlamentarische System.

Darum soll sich der Reichstag durch den Einwurf bundesstaatlicher Bedenken und durch partikularistische Drohungen nicht irre machen lassen. Was soll es denn heißen, wenn die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt, daß das parlamentarische System „den Bestand des Reiches auf das allergrößte gefährden würde“? Wir sind davon überzeugt, daß der offiziöse bayerische Artikelschreiber in diesem Fall das bayerische Volk nicht hinter sich hat, daß das bayerische Volk an eine Reichstreue auf Kündigung nicht denkt, und daß es am wenigsten mit einer solchen Kündigung drohen will, um einen notwendigen von der Entwicklung gebotenen Fortschritt der deutschen Reichsverfassung zu verhindern.

Verhindern? Ebenso wenig wie man den Rhein verhindern kann, sich stromabwärts zu ergießen, kann man den Reichstag verhindern eine vollkommen gleichwertige Stellung neben den Vertretungen anderer großer Völker einzunehmen. Er braucht diese Stellung nicht erst zu erringen, er hat sie schon, und wenn es bisher aus übergroßer Bescheidenheit und infolge seiner Parteilichkeit keinen entscheidenden Gebrauch von ihr gemacht hat, so war dem Volke Deutschlands damit durchaus nicht gebient.

Das ist das Große in den Erlebnissen der letzten Tage, daß in ihnen dem Reichstag seine Versäumnisse und Fehler bewußt geworden sind und daß er sich bemüht, sie nachzuholen und zu verbessern. Das Reich hat durch die inferiore Stellung, in der sich der Reichstag hielt, nichts gewonnen, sondern nur ungeheuren Schaden erlitten. Das deutsche Volk braucht aber, um aufrecht aus diesem Krieg in den Frieden hinüberzugehen, eine Volksvertretung, die seiner würdig ist, ein Parlament, das neben den anderen Parlamenten der Welt gleichwertig und gleichberechtigt dasteht. Darum darf sich der Reichstag nicht ducken lassen, er hat vielmehr die Pflicht, das zu sein, was er sein kann: ein entscheidender Faktor der deutschen Reichspolitik!

Die Demokratisierung Preußens müßte ihn dazu machen, selbst wenn er nicht wollte. Er ist es heute schon, wenn er will.

Und was er ist, das wage er zu scheinen!

Der oben zitierte Artikel des Organs der bayerischen Regierung, „Bayerischen Staatszeitung“, beruft sich auf eine Erklärung Bismarcks vom 5. April 1884, die sich gegen die Schaffung eines verantwortlichen Reichsministeriums mit folgenden Worten wandte:

„Man wird nicht fehl gehen, wenn man in der von der neuen Fortschrittlichen Partei erstrebten Einrichtung eines solchen Ministeriums ein Mittel zur Unterwerfung der Regierungsgewalt des Reiches unter die Mehrheitsbeschlüsse des Reichstags erblickt. Die königlich preussische Regierung würde in einer derartigen Verschiebung des Schwerpunktes der Regierungsgewalt eine große Gefahr für die Dauer der neu gewonnenen Einheit Deutschlands erblicken. Selbst wenn es gelänge, feste Majoritäten aus den im heutigen Reichstag vorhandenen Parteien zu bilden, würde die königliche Regierung doch die Herstellung eines parlamentarischen Regimes für eine sichere Einleitung zum Verfall und zur Wiederauflösung des Deutschen Reiches halten.“

Dazu schreibt die „Bayerische Staatszeitung“:
 Diese Erklärung des ersten deutschen Kanzlers, die damals die ungeteilte Zustimmung aller Vertreter der sämtlichen übrigen Bundesregierungen fand, hat noch heute Wort für Wort

unveränderte Geltung. Die Worte Bismarcks, die, wie erwähnt, zu der Frage der Einrichtung verantwortlicher Reichsministerien gesprochen waren, gewinnen natürlich gegenüber der jetzt laut werdenden Forderung auf Einführung eines parlamentarischen Systems in Deutschland noch ganz besondere Bedeutung. Ein solcher Eingriff in die Grundlagen des bundesstaatlichen Charakters des Deutschen Reiches würde dessen Bestand aufs schwerste gefährden und muß daher auf das entschiedenste als unannehmbar von vornherein abgelehnt werden. Ein anderes aber ist es, wie schon betont, mit Maßnahmen, die im Rahmen des durch feierliche Verträge verbürgten bundesstaatlichen Charakters des Reiches für ein inniges und verständnisvolles Zusammenwirken von Reichsleitung und Volksvertretung Gewähr bieten, und die, als im Interesse der Wohlfahrt des Reiches gelegen, freudig begrüßt werden könnten.

Seit 1884 hat sich die Reichseinheit doch wesentlich gefestigt, auch die Achtung vor Mehrheitsbeschlüssen des Reichstags dürfte seitdem — außerhalb der amtlichen Kreise Münchens — gleichfalls gewachsen sein.

Bayern, wenn auch nur das amtliche Bayern, als Gegner der Reichsdemokratie, ein erbärmliches Schauspiel für das Ausland in dieser Zeit!

Die Kanzlerkrise.

Der Erlass der neuen Wahlrechtsbotschaft, die an die Adresse des Herrn v. Bethmann als des Präsidenten des Staatsministeriums gerichtet war, ist vielfach so aufgefaßt worden, als ob bereits eine Entscheidung für das Verbleiben Bethmann Hollwegs im Amte gefallen wäre. Dies ist jedoch — oder war wenigstens bis gestern abend noch nicht der Fall. Für oder gegen das Verbleiben des Kanzlers im Amte dürften nach der gegenwärtigen Sachlage die Auffassungen der großen Reichstagsparteien mitentscheidend sein.

Es ist in den letzten Tagen oft die Frage erhoben worden, wie die Sozialdemokratie zu Herrn v. Bethmann Hollweg stünde. Nun ist es doch hinreichend bekannt, in wie scharfer Weise die auswärtige wie die innere Politik des Reichskanzlers von der sozialdemokratischen Fraktion kritisiert worden ist. Dazu kommt noch, daß das Deutsche Reich unter den großen kriegsführenden Staaten der einzige ist, in dem noch derselbe leitende Staatsmann wie beim Ausbruch des Krieges im Amte ist. Einem Nachfolger des gegenwärtigen Reichskanzlers würden manche Schwierigkeiten erpart bleiben, unter denen der gegenwärtige durch die Belastung der Vergangenheit zu tragen hat.

Auf der anderen Seite müssen die fanatischen Anstrengungen der schwerindustriellen Presse auffallen, den Kanzler aus seinem Amte zu entfernen. Es ist überflüssig zu sagen, daß ein Nachfolger, der diesen Kanzlersitzern genehm wäre, auf die allerhöchste Gegnerschaft nicht nur der Sozialdemokratie, sondern auch wahrscheinlich einer sehr starken Reichstagsmehrheit zu rechnen hätte.

Als Kandidat der Schwerindustrie wird vielfach Fürst Bülow genannt. Der Mann, der das Wort sprach: „Die auswärtige Politik Deutschlands wird nicht in der Hohenheide gemacht“, ist schwerlich geeignet, in seiner Außenpolitik der Demokratie die von der Zeit gebotenen Zugeständnisse zu machen. Er, der von den „russischen Schnorrern und Verschwörern“ sprach, und die „Mandelstamm und Silberfarb“ antisemitisch bewickelte, ist schwerlich dazu geeignet, mit der Regierung des revolutionären Rußlands Verhandlungen zu führen. Er, der so viel von dem Verschuß hat, worunter wir heute leiden, kann nicht berufen sein, die aus den Fugen gegangene Welt wieder einzurenken! Seine Kandidatur ist nicht ernst zu nehmen.

Wirkungen der Wahlrechtsbotschaft.

Die Nachricht, daß die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen bevorstehe, hätte zu anderen Zeiten den stürmischen Jubel der Bevölkerung hervorgerufen. Heute ist für solche Freude die Zeit zu ernst, sind die Sorgen zu schwer. Unter denen, die vor Jahren mit uns auf die Straße gingen und zum Massenstreik riefen, um das gleiche Recht in Preußen zu erobern, waren gewiß viele, die für dieses Ziel jedes Opfer gebracht hätten. An solche Opfer, wie sie ein dreijähriger Weltkrieg erforderte, hat damals wohl niemand gedacht. Der Gewinn ist groß und wird in die Ferne wirken. Aber der Preis war entsetzlich hoch!

Noch ist auch nicht das letzte Mißtrauen ausgeredet. Man fragt sich, wann die Vorlage eingebracht werden soll, und was geschehen wird, wenn der Landtag sie ablehnt. Dann würde der Kampf eben noch einmal aufgenommen werden müssen, aber er wäre nicht lang und sein gutes Ende wäre gewiß!

In konservativen Kreisen scheint man indes nicht die Absicht zu haben, sich dem Strom entgegenzuwerfen,

Chopin im Pferdestall.

Westfront, Juli 1917.

Die Verwundeten sitzen langsam dem ehemaligen Pferdestall. Einer nach dem andern kumpelt herein, stolzt sich an seinem Stuhl...

„Sehen Sie den Vorderen links, der die rechte Hand auf dem Stuhl liegen hat? Er schwebte vorgestern noch zwischen Tod und Leben.“

Das Konzert beginnt. Die Pianistin muß sich ein paar roten Bücher unter ihr Singschiff legen, weil der Stuhl zu niedrig ist.

Sie singt von Frühling und kleinen Mädchen, von Mondnächten und Dorfstraßen, von Küssen und heimlicher Liebe.

Sie singt von Frühling und kleinen Mädchen, von Mondnächten und Dorfstraßen, von Küssen und heimlicher Liebe. Sie singt Lustiges und Trauriges, Hurtiges und Getropenes...

Nun beginnt die Pianistin. Sie spielt Strauß, Chopin und Liszt — vor allem aber Chopin. Aus dem kleinen schwarzen Klavier zaubert sie eine süßende Luft von geordneten Tönen hervor.

Die dankbar sind diese Menschen. Einige können nicht klatschen, weil ihr Arm zerbrochen ist. Die nicken mit dem Kopfe oder trampeln mit den Füßen.

Der starke Mann.

Eine Schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Hg.

(Schluß)

„Warum haben Sie sich so lange nicht blicken lassen? Wo stecken Sie die ganze Zeit?“ fragte sie bestürzt, gehegt, in unwahrscheinlicher Besorgnis.

Da brachen die letzten morschen Stützen seiner Annahmung zusammen.

„Ja dachte darüber nach, womit ich mir eigentlich Ihre Freundschaft verschert habe. Wissen Sie es vielleicht?“ entgegnete er, vom Gefühl seiner Nichtswürdigkeit erdrückt.

Was sagte Renée Steiger, die Königin dieses Festes, der die goldene Jugend von nah und fern ihre Duldungen darbrachte? Er hörte sie schwagen, — flüchtige, nichtsfagende, seelenlose Worte, die sein verdunkeltes Gemüt nicht eine Sekunde lang erhellen konnten.

Lüge, Feigheit war der Rauch ihres eisten Herzens. Während sie sprach, verbarg sie die Augen mit dem zierlichen Perlmutterglas, dem hübschen Reiter folgend, dessen Leistungen den rauchenden Weiffall der Menge weckten.

die überall zugleich die ausbrechenden Manganfluten bändigen und herrlich mit der Melodie in ihre Schranken weisen. Einige stoßen sich an. Andere klopfen mit dem Fuß den Takt.

Die Männer in den blauroten Kitteln redeten sich noch einmal. War das noch Theater? War es nicht das Leben selber, das dort auf dem kleinen Podium vor ihnen jubelte und lodte?

„Ach, es war diesmal noch Theater. Denn plötzlich nach einem ganz hohen Tone hielt die Sängerin auf. Das Klavier schlug ein paar Akkorde.“

Der deutsche Volkspark der Zukunft.

Während über die Anlage künftiger Heiden- und Kriegsbahne bereits viele Erörterungen gepflogen und zahlreiche mehr oder minder praktische Pläne entworfen wurden, blieb die außerordentlich wichtige Frage der nach dem Frieden zu errichtenden Voranlagen für die großen Massen des arbeitenden Volkes noch ziemlich unbeachtet.

die schwachen Mitleidsgedächte. Als der neuerkorene Ritter die Bahn verließ, strahlten ihn die dunklen Augen verheißungsvoll an, flog ihm ihre Liebe stürmisch entgegen: sie ließ sich gleich einem gezähmten Falken auf des Siegers Schulter nieder.

Adolf Venggenhager durchlebte noch einmal den glühenden Rausch der Vessenszeit. Er hätte dem Fremdling den Besitz dieses verlockenden Weibes streitig machen, die Treulose vor aller Welt an seine Brust reihen mögen. — Aber das Märchen von Glanz, Ruhm und Reichtum war für den Dauernsohn zu Ende.

Dhne Venggenhager noch eines Blickes zu würdigen, sprang sie dem Leutnant von Amalfise entgegen, um ihn zu beglückwünschen und sich für alle Fälle in seinen Schutz zu begeben. Und hiermit war der abgedankte Bräutigam den Höllenqualen seiner Verzweiflung vollends preisgegeben.

„Was will dieser niederträchtige Mensch?“ fragte der schnell begreifende Jüngling, bereit, dem Beleidigten mit der Peitsche Antwort zu geben. Die erblakte Schöne konnte ihn kaum zurückhalten. Halbbohnmächtig im Gedanken an den drohenden Skandal, beschwor sie ihren Beschützer, den eifersüchtigen Menschen laufen zu lassen.

Einige Minuten später ritt Oberleutnant Venggenhager — nur noch ein Schatten seiner selbst — vor die Schiedsrichtertribüne hin und meldete sich frölgemäß zum Reiten

im Freien blet und durch zwei seitlich angelegte Laufbahnen er-gänzt werden, sollen ein ortsgeschichtliches und ein naturwissenschaftliches Heimatmuseum für Weichung sorgen.

Pflanzen, die Tiere fangen.

Wer jetzt eine Wanderung ins Moor unternimmt, kommt gerade zur rechten Zeit, um ein paar der merkwürdigsten unter den Pflanzen der Heimat bei ihrer mörderischen Tätigkeit zu beobachten.

Notizen.

Wolkenträger im Altertum. Es wiederholt sich alles. Selbst die berühmtesten Wolkenträger der amerikanischen Großstädte haben ihre Vorgänger im Altertum. Karthago besah Häuser bis zu sechs Stockwerken, in Rom wurde erst zur Zeit Augustus von der Caupolige als Höchstmaß der Wietstufen eine Fronthöhe von 20 Metern vorgeschrieben.

bereit. Im Grunde wußte er selbst nicht mehr, warum er das unsinnige Wagnis jetzt noch unternahm. Allein ihn trieb völlige Verblendung, teuflischer Trost, ein unbewußt waltender Wille zum Untergang in dieses Gehege, das er lebend nicht mehr verließ.

Schon als die Glocke des Starters ertönte und seine Nummer am Signalmast gehißt wurde, vernahm er vom Einfrankenplatz her gellende Pfiffe. Das war der Kuftakt zu einem beispiellosen Lärm, der wie von einem listigen Regisseur geleitet im Nu die ganze Menge ergriff.

Der gewandte Reiter tat, was noch in seinen Kräften lag, um dem wachsenden Entrüstungsturm standzuhalten und das Unheil witternde Pferd zu beruhigen. Mit Leichtgait nahm er die erste Hürde; auch über das Gartentor setzte er noch ohne Fehler. Bald aber verließ ihn die Selbstbeherrschung.

Beim Keinen Ball mit nachfolgender Stange ertelte ihn sein Geschick. Er spornte das verwirrte Tier, das seinen Herrn in den Hügeln, in den Schenkeln nicht mehr verstand, wie ein Irrsinniger an und riß es noch im Sprung viel zu früh herum, so daß es sich überschlug und nicht mehr aufkam.

Nur mit unsäglicher Anstrengung hatte sich Oberleutnant Venggenhager nochmals erhoben; es war ihm, als seien ihm alle Rippen gebrochen. Und der Anblick seines dem Tode verfallenen lieben Freundes, der unterjöhnliche Haß der tobenden Menge — alles trieb ihn dem Verhängnis in die Arme. Mit irrem Wild sah er zu, wie der Arzt seinen Kasten aufschloß, und im richtigen Augenblick entnahm er diesem die Pistole, um, wie er vorgab, seinem besten Freund eigenhändig den Rest zu geben.

